E-02-001 EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei nutzen – Tür für Demokratie, Menschenrechte und europäische Integration offenhalten!

Antragsteller*in: Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt)

Änderungsantrag zu E-02 (vormals V-29)

Von Zeile 1 bis 10:
~~Den gegenwärtig in manchen EU-Mitgliedsstaaten und Parteien öffentlich diskutierten Abbruch, oder auch ein sogenanntes Einfrieren der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei, lehnen wir entschieden ab.~~

~~Wir wollen nicht, dass dieser wichtige Reform- und Verständigungsanker für den Wahlkampf in Deutschland aus Spiel gesetzt wird! Ja, die Idee einer türkischen EU-Mitgliedschaft ist derzeit unpopulär wie wohl nie zuvor. Und in der Tat, die Bedingungen für Fortschritte in den Verhandlungen sind momentan denkbar ungünstig – der Trend in der Türkei geht schon seit mehreren Jahren weg vom liberal-demokratischen Reformkurs der Vergangenheit.~~

Bündnis 90 / Die Grünen stehen für einen EU-Beitritt der Türkei und lehnen den immer wieder geforderten Abbruch der Beitrittsgespräche ab, der vor allem von denjenigen kommt, die die Türkei noch nie in der EU haben wollten. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.

Deutschland und Europa dürfen in der jetzigen Situation die türkische Opposition und die demokratischen Kräfte in der türkischen Gesellschaft nicht im Stich lassen und müssen den fortschreitenden Abbau des Rechtsstaates und der Demokratie klar benennen und scharf verurteilen. Klar ist, der Abbau von demokratischen Rechten und das willkürliche Vorgehen gegen die Opposition müssen gestoppt werden. Darum ist es richtig, jetzt die Gespräche mit der Türkei über Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Demokratie auf den Verhandlungstisch zu bringen und eine Kursänderung in diesen Bereichen zu verlangen.

Vor allem fordern wir die sofortige Beendigung des EU-Türkei-Flüchtlingsdeals. Es kann nicht sein, dass wir einem Land wie der Türkei die volle Verantwortung für die Geflüchteten überlassen, einer Regierung, die die Menschenrechte mit Füßen tritt und deren gnadenlose Politik gerade dafür sorgt, dass in der Türkei selbst neue Fluchtgründe entstehen. Nach der Debatte über die „Privilegierte Partnerschaft“ ab 2005 war der Flüchtlings-Deal auch ein weiterer Schlag ins Gesicht für die Reformkräfte, und eine Stärkung für den Entdemokratisierungskurs Erdogans.

Mit der Verknüpfung der Visa-Freiheit mit dem Flüchtlings-Deal werden die Bürger der Türkei zu Geiseln der Allmachtspolitik von Präsident Erdoğan gemacht. Wir fordern die bereits 1963 in Aussicht gestellte und in den Folgejahren mit europäischen Gerichtsurteilen bestätigte Visafreiheit für die Bürger*innen der Türkei ohne weitere politisch motivierte Bedingungen umzusetzen.

~~Allerdings ist die~~Die aktuelle Situation ist nicht im luftleeren Raum entstanden: Das fehlende positive Engagement der EU seit langem ist einer der Faktoren, die den jetzigen

Begründung

erfolgt mündlich

Weitere Antragsteller*innen

Manuel Sarrazin (KV Harburg-Stadt); Luise Amtsberg (KV Kiel); Barbara Lochbihler (KV Ostallgäu); Karl-W. Koch (KV Vulkaneifel); Christine Kamm (KV Augsburg Stadt); Christian Lux (KV Wiesbaden); Franziska Brandtner (KV Heidelberg); Filiz Demirel (KV Hamburg-Altona); Neda Noraie-Kia (KV Düsseldorf); Timmi Tillmann (KV Tuebingen); Filiz Polat (KV Osnabrück Land); Peter Heilrath (KV München-Stadt); Katharina Kühnle (Regionsverband Hannover); Ali Mahdjoubi (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Erik Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Pegah Edalatian (KV Düsseldorf); Volkmar Nickol (KV Berlin Kreisfrei); Jeyaratnam Caniceus (VV Viersen); Theresa Kalmer (KV Berlin-Pankow)